

Rede
von der
Spitzenkandidatin
der FDP/DVP Baden-Württemberg
zur Bundestagswahl 2002

Birgit Homburger MdB

gehalten auf der
**traditionellen Dreikönigskundgebung
der FDP/DVP Baden-Württemberg
am 6. Januar 2002 in Stuttgart**

Sperrfrist: 06.01.2002, 11 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Im Wahljahr 1998 war viel die Rede von einem Politikwechsel.

Die Menschen haben einen Regierungswechsel herbeigeführt,
weil sie sich dadurch Reformen erhofften.

Rot-grün hat sie schwer enttäuscht.

Es gab zwar eine Vielzahl von Veränderungen in dieser Zeit.
Aber keine Wende zum Besseren. Ganz im Gegenteil.

Überall wurde die Freiheit beschnitten und die Menschen
stärker bevormundet. Die Wirtschaft ist im Abwärtstrend, die
sozialen Sicherungssysteme sind teurer und die Perspektiven
für die Zukunft schlechter geworden.

Wir Liberale wollen und werden das ändern.

Die Bürgerinnen und Bürger haben längst erkannt, daß es so
nicht weitergeht.

Wir Freien Demokraten wollen Reformen in Deutschland.
Das bedeutet Veränderungen.

Das bedeutet, sich umzustellen, sich auf neues einzulassen und Verantwortung zu übernehmen.

Wir wissen das und Sie wissen das.

Weder SPD, CDU noch Grüne trauen sich, die Reformkraft, die in den Bürgerinnen und Bürgern steckt, aufzugreifen.

Weil sie den Menschen mißtrauen.

Wir vertrauen auf die Kraft des Einzelnen.

Wir kämpfen nicht für organisierte Interessen sondern für die Menschen.

Es liegt deshalb an uns Liberalen, dieser Reformkraft am 22. September zum Durchbruch zu verhelfen.

Dass wir das können, zeigen wir in den Ländern, in denen wir Verantwortung tragen.

Baden-Württemberg ist im innerdeutschen Vergleich wirtschaftlich Spitze.

Das liegt vor allem an einer gesunden Wirtschaftsstruktur mit vielen innovativen kleinen und mittleren Betrieben.

Betriebe, in denen die Mitarbeiter den Chef und der Chef die Mitarbeiter kennt. Da weiß der Chef nicht nur, wie die Mitarbeiter heißen. Er weiß auch, daß der Sohn seines Gesellen der Torjäger im örtlichen Fußballclub ist. Und er weiß, wenn Krankheitsfälle in der Familie den Meister bedrücken.

Da besteht Zusammenhalt. Da werden in wirtschaftlich schlechten Zeiten nicht einfach Mitarbeiter entlassen. Turbulenzen werden gemeinsam durchgestanden.

Meine Damen und Herren,
ich weiß wovon ich rede.

Ich komme aus einer Handwerkerfamilie.

Ich habe über viele Jahre im elterlichen Betrieb mitgearbeitet.

Chef, Meister, Gesellen und Lehrlinge sind eine Verantwortungsgemeinschaft.

Das erklärt u.a. die Stabilität am baden-württembergischen Arbeitsmarkt.

Die rot-grüne Bundesregierung zerstört diese Verantwortungsgemeinschaften.

Durch eine sogenannte Steuerreform, die den Kapitalgesellschaften Erleichterungen brachte, die Personengesellschaften in Handwerk und Mittelstand benachteiligt.

Dabei bezahlen gerade diese Betriebe Steuern.

Im elterlichen Handwerksbetrieb können Gewinne nicht durch steueroptimierte Konzernstrukturen ins Ausland transferiert werden.

Der Betrieb zahlt in Hilzingen mehr Gewerbesteuer als manche börsennotierte Aktiengesellschaft in Stuttgart.

Wenn heute ein Handwerksmeister nach 45 Berufsjahren seinen Betrieb übergibt, fehlt oft genug das Geld für die sprichwörtliche goldene Armbanduhr zum Abschied.

Wenn der Vorstandsvorsitzende von Mannesmann nach der Betriebsübernahme entlassen wird, erleichtert ihm der Aufsichtsrat den Abschied mit 60 Mio. DM.

Das ganze mit Zustimmung des IG-Metall-Chef Zwickel im Aufsichtsrat. So sieht gewerkschaftlich verstandene Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft aus.

Von Menschen, die so agieren, lassen wir uns nicht sagen was nötig ist.

Deshalb fordern wir mehr Entscheidungskompetenzen in den Betrieben.

Die FDP tritt dafür ein, daß künftig alle freiwillig geschlossenen Vereinbarungen wirksam werden, wenn 75 Prozent der Mitarbeiter eines Unternehmens diesen zustimmen.

Die Menschen wissen selbst, was gut für sie ist.

Sie sollen bestimmen, wie es in ihrem Betrieb weitergeht und nicht die Verbandsfunktionäre an den Verhandlungstischen.

Wir wollen die Änderungen beim Kündigungsschutzgesetz zurücknehmen.

Dies würde allein im Bereich der Industrie- und Handelskammern zu 120 000 Neueinstellungen führen.

Ein Beschäftigungsprogramm, das keinen Cent Steuermittel kostet.

Ein Beschäftigungsprogramm, das die Bundesregierung abgeschafft hat.

Weil nicht Erfolge zählen, sondern Ideologie.

Die Bundesregierung ist vor gut 3 Jahren angetreten mit dem Versprechen die ständig steigenden Lohnzusatzkosten unter 40% zu drücken.

Handlungsbedarf besteht derzeit insbesondere in der Krankenversicherung.

Doch die Krankenversicherung liegt in der Intensivstation.

Wenn die GKV nicht tiefgreifend reformiert wird, ist ihr Scheitern unausweichlich.

Der Vorschlag der Grünen lautet ganz auf der Linie von mehr Staat und weniger Freiheit: es sollen alle Bürgerinnen und Bürger in der GKV zwangsversichert werden.

Das geht nach dem Prinzip Titanic:

Wenn wir absaufen, dann wenigstens alle.

Das ist eine ganz neue Begriffsdefinition von Solidarität.

Den Menschen wird vorgegaukelt es sei alles weiterhin finanzierbar.

Wenn es kurzzeitig besonders gravierende Probleme gab, wurden schnell Sündenböcke gesucht.

Das eine Mal waren es die geldgierigen Ärzte, das andere Mal die bösen Krankenkassen, aber nie war es die verfehlte Politik.

Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird spätestens Ende Januar ganz konkret auf dem Gehaltszettel jedes einzelnen sichtbar.

68 % der Bevölkerung sind laut Emnid der Meinung es gäbe eine Zwei-Klassen-Medizin.

73% halten die Aufhebung der Budgets für notwendig. Denn sie erfahren tagtäglich selbst wie planwirtschaftliche Budgets medizinisch notwendige Leistungen beschneiden.

Sie sind zurecht darüber verärgert, dass sie Unsummen in die Solidargemeinschaft einzahlen, aber die Solidarität im persönlichen Notfall budgetiert wird.

Wir teilen diesen Ärger.

Deshalb wollen wir die Budgetierung abschaffen.

Also gehen wir diesen Weg gemeinsam!

Wir Liberale wollen eine Konzentration der GKV auf die wesentlichen und notwendigen Leistungen.

Laut Emnid wollen das auch 74% der in der GKV Versicherten.

Wir wollen, dass jeder sein eigenes Leistungspaket in der GKV schnüren kann.

Laut Emnid wollen das 77% der in der GKV Versicherten.

Wir wollen mehr Wettbewerb zwischen den Kassen. Das wollen auch 84% der Bürgerinnen und Bürger.

Also gehen wir diesen Weg gemeinsam.

Wir Freien Demokraten wollen einen radikalen Wechsel in der Gesundheitspolitik hin zu mehr persönlicher Verantwortung.

Bei der Gesundheitspolitik verteilt rot-grün Placebos. Bei der Umweltpolitik ist es genauso.

Die Grünen haben in dieser Legislaturperiode ihre Ideale verkauft.

Die Erwartungen an die Umweltpolitik waren hoch, die Ergebnisse sind niederschmetternd.

Außer dem Pseudo-Atomausstieg, einer Fata Morgana für grüne Idealisten und der sogenannten Ökosteuer: Fehlanzeige.

Während andere Länder die international vereinbarten flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls für Kostensenkungen im Klimaschutz nutzen, setzt Trittin weiter auf staatliche Vorschriften, Subventionen und Bürokratie.

Dem Weltklima ist es egal, wo auf der Erde eine Tonne CO₂ vermieden wird.

Die Vermeidung einer Tonne CO₂ kostet in Europa etwa zwanzig Mal so viel wie in den Entwicklungsländern.

Deshalb ist es richtig, einen Teil der nationalen Verpflichtungen in anderen Ländern zu erbringen und in den internationalen Zertifikatehandel einzusteigen.

Wir brauchen keine grünen Oberlehrer, die die Bürgerinnen und Bürger mit Verboten und bürokratischen Vorschriften

schikanieren und sie mit einer ökologisch unsinnigen Ökosteuer abkassieren.

Wir wollen einen Umweltschutz für die Menschen.
Wir wollen neuen, zielführenden und kostensenkenden Wegen eine Chance geben.

Wer nach der Wahl mit uns regieren will, muß wissen, daß es eine Zusammenarbeit nur bei neuen Wegen in der Umweltpolitik und mit der Abschaffung der ökologisch sinnlosen Ökosteuer gibt.

Meine Damen und Herren,
Schröder zieht mit einem Gruselkabinett ins Wahljahr.

Wirtschaftsminister Müller ist der Horror der SPD-Bundestagsfraktion.

Ulla Schmidt mutierte innerhalb eines Jahres von der Hoffnungsträgerin zum Gesundheitsschreck.

Minister Trittin – ein klassischer Entsorgungsfall.

Verteidigungsminister Scharping geht Baden.

Meine Damen und Herren,
Sie haben so ein Kabinett nicht verdient. Unterstützen Sie die
FDP, um die Mittelmäßigkeit abzulösen.

Wenn Sie der Meinung sind, daß das der richtige Weg ist, dann
müssen Sie diesen Weg mit uns gehen.

Wir müssen weg vom Staatskunden hin zum aktiven
Staatsbürger. Das bedeutet mehr Verantwortung und mehr
Freiheit für jeden einzelnen.

Sie haben es in der Hand, ob wir den Weg in eine
Bürgergesellschaft mit mehr Freiheit, mehr
Leistungsgerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit gehen.

Mit Ihrer Mitwirkung und mit Ihrer Stimme für die FDP.